

## Völlig neue Möglichkeiten

Gesundheitskarte: „Heilloses Chaos“, FR-Panorama vom 18. Oktober

Es ist anderthalb Jahre her, dass Dr. Hontschik über die elektronische Gesundheitskarte berichtete. Damals waren erst lächerliche zwei Milliarden in dieses wundervolle Projekt versenkt worden, allerdings im Vergleich zu anderen Meisterwerken wie Stuttgart 21 ohne jegliches sichtbare Vorschreiten in den Abgrund. Und jetzt wird in der FR von einem Leser auch noch an der elektronischen Patientenakte herumgemäkelt, dabei kann die Karte erst in Verbindung damit ihre volle Wirkung entfalten.

Dass „elektronische Patientenakte“ und „Burnout“ bei mehr als der Hälfte der amerikanischen Ärzte – wie bei vielen bahnbrechenden Errungenschaften ist Amerika auch hier Vorreiter – Synonyme sind, weil sie angeblich kaum noch Zeit finden, mit ihren Patienten zu reden, kann gar nicht genug gewertschätzt werden. Schreibkräfte werden eingespart, so dass mehr Geld für die wichtige Apparatedizin bleibt. Patienten werden es sich in Zukunft dreimal überlegen, ihrem Arzt was zu erzählen, wenn sie vermuten dürfen, dass Interessierte (Arbeitgeber) auf ihre Angaben Zugriff erlangen können. So lassen sich die Gespräche mit Psychotherapeuten drastisch verkürzen – sehr ökonomisch.

Es wäre schon skandalös, wenn die Patienten all ihre wichtigen Gesundheitsdaten auf dem eigenen Smartphone hätten und

nur von Ihnen gewählten Behandlern Zugriff gewährten. Dies ist bei der elektronischen Gesundheitskarte nach aktuellem Stand nicht der Fall. Gut so! Endlich ist jetzt mal einer wie Herr Spahn da und treibt dieses – in den Augen von Ignoranten längst überholte – Projektforsch voran.

Dass es mit der ärztlichen Schweigepflicht bei konsequenter Fortsetzung seines Lieblingsprojekts nicht mehr lange gutgehen kann, ist natürlich auch Herrn Spahn klar. Der kürzlich aufgedeckte mögliche freie Zugriff auf Gesundheitsdaten von 13 Millionen Patienten wurde von ihm mit einer flapsigen Bemerkung kommentiert. Er lässt sich durch solche Petitionen genauso wenig beeindruckt wie andere forsche Minister mit populären Projekten, man denke an Herrn Scheuer. Bedenklich stimmt lediglich, dass unser Gesundheitsminister nicht so recht über den Tellerrand hinausschaut. Die Krankenkassen machen es zum Teil schon vor: Rabatte für Kunden (nicht etwa Patienten), die ihnen Zugriff auf die Daten ihrer Smartwatches gewähren. Das sollte als nächstes zur Pflicht werden, gefördert durch entsprechende Sanktionen. Vorbild sollte uns China sein. In Verbindung mit der vollkommenen Transparenz jedes Einzelnen eröffnen sich hier neue Möglichkeiten und natürlich Märkte, von denen Orwell und Huxley nur hätten träumen können.

Rainer Stockmann, Dreieich

## Immer brutaler

Zu: „Faustschlag gegen Schiedsrichter“, FR-Sport vom 29.10.

Leider liest man derartige Nachrichten immer öfter. Nun ist zu erfahren, dass die Sportgerichtsbarkeit eine Höchststrafe von 36 Monaten Sperre vorsieht. Angesichts sich wiederholender Taten und immer brutaleren Gewalttätigkeiten ist das weder abschreckend noch angemessen. Solche üblen Schläger und gewissenlosen Zeitgenossen gehören von jedwedem Sportbetrieb lebenslang ausgeschlossen. Sie dürften in keinem deutschen Sportverband mehr Sport treiben. Sollen sie doch durch den Park laufen oder sich auf der Alster ein Ruderboot mieten. Wer will schon mit oder schlimmer noch gegen solche Typen Sport treiben?

Und auch die entsprechenden Vereine sind stärker in die Pflicht zu nehmen, mindestens im Wiederholungsfalle (egal, ob Spieler, Trainer, Funktionäre oder – besonders ätzend – Eltern): Ausschluss vom Spielbetrieb! Nur so lernen es diese Leute, sich einigermaßen anständig zu benehmen, können doch auch häufige verbale Entgleisungen nur schwer geahndet werden.

Ich ziehe meinen Hut vor der Aktion der Berliner Fußballschiedsrichter und wünsche mir einen bundesweiten Streik aller Schiedsrichter und dabei die besondere Unterstützung der Profis. Reinhard Matthies, Pinneberg

## Argumente vor die Böcke

Meinungsfreiheit: „Tolerant und wehrhaft“, FR-Meinung vom 25. Oktober

Sicherlich kann man diese Frage „pur“ stellen, ohne die Gründe und Ursachen der Radikalisierung zu benennen. So ist Markus Decker zuzustimmen, wenn er es nicht für vertretbar hält, de Maizière und Lucke am Reden zu hindern. Allerdings fände ich es zum Beispiel nur zu angebracht, solange vor dem Hörsaal zum Boykott der Vorlesung von Lucke aufzurufen, bis er sich einer öffentlichen Diskussion zu seiner Bodensatz-Äußerung stellt und sich davon glaubwürdig und öffentlich distanziert. Zur Erinnerung: Er hatte vor Migration gewarnt, da Migranten lebenslang den sozialen Bodensatz unseres Landes zuzurechnen sein würden. Diese Lügenpolemik heizt die Stimmung an und spaltet die Gesellschaft, ist mit verantwortlich an Gewalttaten gegen Ausländer und Humanisten unter Deutschen.

Decker hat – wahrscheinlich unfreiwillig doppeldeutig – auch darauf hingewiesen, „dass man nahezu alles sagen und schreiben (kann), ohne dass es Konsequenzen hätte“. Eben: Marcuse hat das mal repressive Toleranz genannt.

In der FR gibt es viele argumentativ starke Kommentare, wie zuletzt (nur ein Beispiel) von Viktor Funk „Europas Tote“, die aber immer wieder in einem Appell an die zuständigen PolitikerInnen enden, als wären die nur etwas begriffsstutzig und würden nicht mit voller Absicht

„Europas Grenzen sichern“ – mit Klarsicht auf die tödlichen Konsequenzen für so viele Menschen.

Arnold Schwarzenegger äußerte neulich in einem Interview (FR 24.10.), Politiker würden normalerweise nur ihren Job beschützen. Nicht anderes. Und das tut man am besten, wenn man auf die Karten „nationales Identifikationsmuster“ und „profitstarke Wirtschaft“ setzt. Das eine bringt Stimmen, das andere ein sehr gutes Aus- (oder Ein-)kommen. Für Klima und Menschlichkeit sieht es dann duster aus.

Und es gibt eben Menschen, die mit den Jahren zu der Einsicht gekommen sind, man kann Böcke nicht durch feines Argumentieren zu Gärtnern machen, sondern nur durch Druck. Die Wirtschaft hat das schon immer begriffen und setzt Abermillionen für Lobbyarbeit ein, um Politikern sehr erfolgreich den Weg zu weisen. Für die einfachen Leute aber bleibt eben nur die Straße und der Regelverstoß als Sand im Getriebe unmenschlicher Politik.

Eine Demokratie, die diesen Namen wirklich zu Recht trägt, wäre so strukturiert, dass solche Umwege nicht fruchtbar bzw. nicht nötig wären. Schaffen wir die Grundlage für die Wirksamkeit des feinen Argumentierens – gegen die Durchsetzung von Machtinteressen!

Joachim Reinhardt, Hüttenberg